

Oldenspiegel

Mitteilungen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Oldenburg

Ausgabe 1/2019

Inhalt

Haushalt 2019: absurde Ausgabenpolitik

Der Haushalt 2019 ist ein Haushalt auf Kosten unserer Kinder. Die AfD-Fraktion setzt sich für die Tilgung von Schulden ein.

Seite 3

Anfragen an die Verwaltung

Wir haben die Verwaltung zur Vergabe von Kindergartenplätzen und zur Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen befragt. Lesen Sie die Antworten dazu auf Seite 6

Verkehrsüberwachung

Schadstoffgrenzen, Fahrverbote, Deutsche Umwelthilfe und das neue Straßenverkehrsgesetz - bemerkenswerte Zusammenhänge.

Seite 7

100 Jahre Frauenwahlrecht

Ein wichtiges Jubiläum - begleitet von fragwürdigen aktuellen Forderungen der Altparteien.

Seite 8

Matrosenaufstand und Novemberrevolution

Ein differenzierter Blick auf ein bedeutendes historisches Ereignis.

Seite 10

Schulpolitik

Bedenklicher Sanierungsstau an Schulgebäuden, fehlendes Personal für Inklusion und Benachteiligung der Oberschulen - das Oldenburger Schuldesaster.

Seite 12



Foto: pixabay.com

**Haushalt der Stadt Oldenburg für das Jahr 2019.
Es geht um *Ihr* Geld, *Ihre* Steuern und um die Schulden von
Ihnen und *Ihren* Kindern.**

Moin moin,

wir begrüßen Sie zur zweiten Ausgabe unseres Redaktionsmagazins *Oldenspiegel*. Zunächst bedanken wir uns für die vielen Rückmeldungen, die wir auf unsere erste Ausgabe von Ihnen erhalten haben.



Es gab Lob und Kritik. Vor allem für Ihre Anregungen sind wir sehr dankbar und einige davon konnten wir für diese Ausgabe bereits umsetzen.

Das wichtigste Thema für die Stadt Oldenburg waren in der letzten Zeit die Beratungen und die Debatte und Abstimmung über den Haushalt der Stadt für das Jahr 2019. Wir sind der Meinung, dass

diesem Haushalt vor allem der Abbau von Schulden fehlt. Stattdessen verteilen die Altparteien schon jetzt teils millionenteure Wahlgeschenke



mit Blick auf die kommenden Kommunalwahlen. Unsere Perspektive dagegen ist sehr viel weiter. Wir denken an die Folgen für unsere Kinder, die irgendwann diese enorme Schuldenlast übernehmen müssen. Denn einen vollständigen Abbau der Schulden werden wir höchstwahrscheinlich nicht mehr miterleben können.

Zwei wichtige Jubiläen liegen hinter uns: 100 Jahre Frauenwahlrecht und 100 Jahre Matrosenaufstand und Ende des 1. Weltkriegs. In

beiden Fällen haben wir bedenkliche bzw. einseitige Bewertungen und Aktivitäten dazu bei unseren politischen Mitbewerbern beobachtet, die wir Ihnen mitteilen möchten.

Bedenklich sind auch die Ereignisse und Zusammenhänge - vor allem im Bundestag - rund um Schadstoffgrenzen, beabsichtigte Fahrverbote und die Überwachungsabsichten des Staates. Wir schauen genau hin und berichten über die Parallelen zu George Orwell's Dystopie „1984“.

Wesentliches Ziel des *Oldenspiegels* ist der Dialog. Wir als Fraktion sind immer wieder im Dialog mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung, wenn wir zu unterschiedlichsten Themen Anfragen stellen. Sehr gerne beziehen wir Sie mit Ihren Fragen in diesen Dialog ein.

Nun wünschen wir Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre Ratsleute der AfD

Christoph Brederlow (Fraktionsvorsitzender) & Lidia Bernhardt

Unser Selbstverständnis als AfD

Wir sind die Partei der Rechtsstaatlichkeit.

Migration, Euro- und Griechenlandrettung, die zunehmende Abgabe von Kompetenzen an die EU und vieles mehr verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. Die Regierung handelt damit illegal.

Wir differenzieren.

Der Vorwurf des Populismus ist billig. Er funktioniert, weil sich Altparteien, Funktionäre und staatsnahe Medien in dieser Täuschung der Bürger einig sind. Ein Blick in unsere Parteiprogramme, ein Klick auf unsere youtube- oder facebook-Seiten oder das Lesen der sogenannten Alternativen Nachrichten bewei-

sen schnell: Wir bearbeiten Themen in der Tiefe. Wir haben erfahrene Experten in allen Politikfeldern. Wir wägen ab und wir differenzieren.

Wir stehen für Sicherheit.

Billig und falsch ist der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. Wir fordern die Einhaltung der Gesetze von jedem, der sich in unserem Land aufhält, und entsprechende Konsequenzen bei Verstößen. Wir benennen Tätergruppen nur, wenn Nachrichten und Kriminalitätsstatistik diese klar erkennbar machen.

Wir vertreten deutsche Interessen.

Altparteien, Medien und weitere gesellschaftliche Institutionen versu-

chen, das Verfolgen eigener nationalstaatlicher Interessen als falsch oder gar gefährlich einzustufen. Dem entgegnen wir, dass Deutschland auf allen Ebenen souverän und wettbewerbsfähig sein muss, um sich im globalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Nur so können die besten Ergebnisse für unsere Bürger erzielt werden. Anderenfalls sind wir einfach nur die Zahlmeister - für Europa und noch darüber hinaus. Die Politik der Altparteien zielt genau in diese Richtung. Das ist falsch. In Berlin muss Politik für Deutschland gemacht werden, wie auch in Oldenburg Politik für Oldenburg gemacht werden muss.

Wir sind die Alternative!

Haushalt 2019

Absurde Ausgabenpolitik.

Ein Haushalt auf Kosten unserer Kinder

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg lehnt den Haushalt 2019 ab, weil er gleich mehrere Großprojekte in Millionenhöhe ausweist und selbst trotz historisch einmalig günstiger Zinssituation nahezu keine Schulden ab baut.

Bei der Vorstellung des Haushaltes im Oktober des vergangenen Jahres verkündete der Oberbürgermeister stolz, die Stadt Oldenburg könne weiter mit Einnahmen auf hohem Niveau planen. In seiner Neujahrsbotschaft bekräftigte Herr Krogmann das noch einmal mit dem Satz: „Oldenburg geht es im Großen und Ganzen hervorragend,“ sowie

der Feststellung, der Erfolg von wachsenden Einwohnerzahlen „beschert uns steigende Steuereinnahmen“.

Das ist natürlich erst einmal korrekt beschrieben. Bedenklich sind aber die Wortwahl und die damit einhergehende Bewertung: Steuereinnahmen würden uns „beschert“. Das sehen viele Bürger sicher ganz anders. Diese sind der Meinung, dass ihnen diese Steuern weggenommen werden. Egal, ob sie die Dinge, die der Staat davon finanziert, brauchen oder nicht. Und ebenso egal, ob sie diese Mittelverwendung mögen oder nicht. Angesichts einer Gesamtbelastung der Bürger mit Steuern und Abgaben in Höhe von 54,3%,

wie es der Bund der Steuerzahler ausgerechnet hat, muss jede einzelne staatliche Ausgabe höchst kritisch betrachtet werden – egal ob im Bund, im Land oder in der Stadt Oldenburg. Und egal, wie groß oder klein der Betrag ist.

Weitgehende staatliche Planwirtschaft

54,3% und damit über die Hälfte aller Einnahmen, die die Bürger erarbeiten, nimmt der Staat ihnen mittels einer unüberschaubaren Vielzahl von Steuern und Abgaben wieder weg und gibt sie gemäß seinen Haushaltsplanungen – wovon unser städtischer Haushalt ein Teil



ist – wieder aus. Etwa die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung wird also staatlicherseits geplant. Das ist eine etwa 50%-ige staatliche Planwirtschaft – obwohl die Linken noch nicht einmal in der Regierung vertreten sind. Rekordsteuereinnahmen – ob im Bund oder in der Stadt Oldenburg – sind generell vor diesem Hintergrund zu sehen und zu bewerten.

Schuldenabbau? – Fehlanzeige

Angesichts von Rekordschulden der öffentlichen Haushalte sollte bei einer solchen „Bescherung“ von Rekordeinnahmen der Schuldenabbau oberste Priorität sein. Wie sieht die Planung diesbezüglich aus?

Erstmals seit 2001 gibt es keine Neuverschuldung. Vielmehr sollten € 4,4 Mill. Schulden abgebaut werden. Herzlichen Glückwunsch, Herr Oberbürgermeister, zu dieser grandiosen Leistung in Zeiten von Null-Zinsen. Aber leider ist dieser Betrag bereits auf nur noch € 700.000 geschrumpft, da inzwischen mit einer um € 12 Mill. geringeren Zuweisung aus dem Finanzausgleich zu rechnen ist. Der Haushalt musste demzufolge angepasst werden. Und ob überhaupt Tilgung möglich ist, bleibt fraglich, wurden doch dafür die geschätzten Gewerbesteuererinnahmen einfach um € 1 Mill. höher angesetzt, ohne erkennbare Rechnungsgrundlage – ein Taschenspielertrick.

Risiko Zinserhöhungen

Bei einem Schuldenstand von etwa € 260 Mill. inklusive den Eigenbetrieben beträgt die Zinsbelastung der Stadt für jeden zusätzlichen Prozentpunkt € 2,6 Mill. Bei marktüblichen Zinsen wäre es mit der Tilgung schnell vorbei. Die derzeitigen Ausgabenplanungen würden dann sogleich zu Neuverschuldungen führen.

Finanzpolitik zugunsten der Reichen auf Kosten der Ärmern

Der ausgeglichene Haushalt und der Schuldenabbau sind also kei-

neswegs eine primäre Leistung von gutem Wirtschaften in Oldenburg. Sie sind primär dieser Ausnahmesituation am Kapitalmarkt zu verdanken. Und sie werden – wie eigentlich immer – von den Bürgern bezahlt. Die Bürger, die nämlich kaum noch Zinsen auf ihre Ersparnisse bekommen und deren Lebensversicherungen drastisch an Wert verloren haben. Auch das ist eine Entwicklung, die – wie so oft bei staatlichem Aktionismus –, letztlich zugunsten der Reichen und auf Kosten der Ärmern passiert. Denn die Ärmern investieren kaum in Aktien und sie nehmen auch kaum große Investitionskredite

Gleich mehrere Millionen-Projekte

Da stellt sich die Frage, ob es ein neues Bad am Flötenteich für € 16 Mill. braucht oder auch ein neues Stadtmuseum für ganze € 17 Mill., wenn schon die erforderliche weitere Entwicklung des Baugebietes Fliegerhorst auch noch weitere Millionen kosten wird?

Denn wo, wenn nicht bei solchen Großprojekten, sollte sonst wirklich gespart werden? Wie steht es mit den Risiken von Kostensteigerungen bei den Großprojekten, auch wenn wir hier keine Elbphilharmonie oder



Nicht sonderlich schön - aber kann sich die Stadt Oldenburg einen Neubau des Stadtmuseums für € 17 Mill. leisten? (Foto: Stadt Oldenburg)

auf, bei denen man zu Niedrigzinsen viel Geld sparen kann. Unsoziale Politik also, an der die angeblich „sozialdemokratische“ Partei auf Bundesebene maßgeblich beteiligt ist.

Die Frage lautet ganz klar: wann, wenn nicht jetzt, sollen denn überhaupt Schulden abgebaut werden? Im übrigen gibt es diese historisch einmalig niedrigen Zinsen schon seit einer ganzen Weile. Die Stadt hätte also in den vergangenen Jahren längst schon mit der Tilgung ihrer Kredite beginnen müssen. Warum ist das nicht passiert? Anstatt künftige Generationen weiter mit diesen Schulden zu belasten, muss also genau abgewogen werden, welche städtischen Ausgaben tatsächlich notwendig sind und welche man auch reduzieren bzw. auf welche Ausgaben man besser verzichten sollte.

einen Bahnhof Stuttgart 21 planen? Die „überplanmäßigen Bewilligungen“ in den Haushalten der kommenden Jahre sind so bereits absehbar.

Dringend erforderliche Sanierungen an Straßen oder Schulgebäuden oder auch die Einführung eines Sozialtickets für einkommensschwache Bürger kommen hingegen neben diesen Großprojekten im von SPD und CDU beschlossenen Haushalt nicht vor.

Unverantwortliche Ausgabenpolitik

„Die AfD-Fraktion hält eine derartige Ausgabenpolitik mit gleich mehreren Großprojekten für unverantwortlich“, kommentiert Fraktionsvorsitzender Christoph Brederlow. „Die Stadt sitzt auf einem Berg

von über € 260 Mill. Schulden und vergibt erneut die Chance zum Schuldenabbau.“

Bedenkliche Schattenhaushalte

Eine eventuelle Umstrukturierung des Haushaltes krankt insbesondere an zwei Punkten. Das eine sind die Eigenbetriebe. Wenn man das Staatstheater dazu zählt, fließen in diesen Bereich mehr als € 15 Mill. Euro. Das sind 15 Millionen, auf die der Rat keinen weiteren Zugriff hat, über deren genaue Verwendung und Notwendigkeit die Öffentlichkeit sehr wenig erfährt, weil darüber nur in den Verwaltungsräten debattiert wird. Dort sind nur wenige Ratskollegen beteiligt. Das ist eine Entwicklung zu einer Art Schattenhaushalt, die wir für bedenklich halten.

Das andere generelle Problem ist die immens große Anzahl von Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte. Hier steht im Haushalt eine Liste mit 176 Positionen über insgesamt etwa € 75 Mill. – eine enorme Summe, die fast 15% des Gesamthaushalts ausmacht. Wollte der Oberbürgermeister bei allen Positionen pauschal kürzen, würde er vermutlich den Großteil seines Wählerpotenzials gegen sich aufbringen. Und bei fast allen einzelnen Positionen sprechen gute Gründe dafür, diese zu behalten. Denn würden zumal wir als AfD-Fraktion beantragen, den Zuschuss Frauenmobil zu streichen, bezeichnete man uns als frauenfeindlich. Würden wir vorschlagen, den Kinder- und Jugendbuchpreis einzusparen, würde man uns kulturlos nennen. Und sollten wir es gar wagen, in der Flüchtlingsberatung kürzen zu wollen, wäre vermutlich der Teufel los.

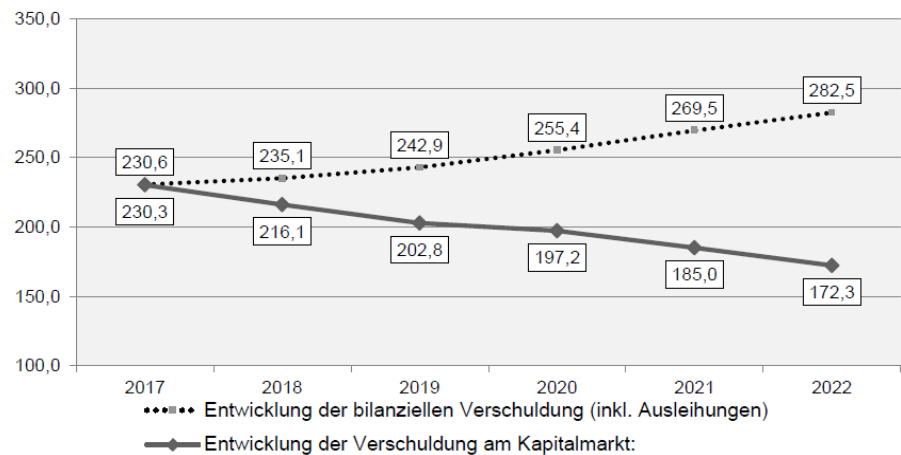
Unsere Anträge

Angesichts der enormen Schuldenlast haben wir lediglich drei kleinere Änderungsanträge gestellt.

Wir haben € 20.000 für Hilfe zur Pflege beantragt, um bessere Information und Aufklärung über Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige zu ermöglichen.

Außerdem wollten wir den überlasteten Frauenhäusern helfen. Mit

Entwicklung der Verschuldung der Kernverwaltung und ihrer Eigenbetriebe



2017 Ist, 2018 Prognose, ab 2019 Plan (Grafik 53)

Quelle: Stadt Oldenburg, Haushalt 2019

€ 21.000 sollten zusätzliche kurzfristige anonyme Schutzwohnungen für Frauen mit Gewalterfahrungen bereitgestellt werden.

Es wird den geneigten Leser vermutlich wenig wundern, dass beide Anträge ohne Diskussion abgelehnt wurden. So sieht es also aus, wenn man die AfD „inhaltlich stellen will“.

Unser letzter Antrag lautete „Kontaktstelle Linksextremismus“.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus – ausgezeichnet

„Gegen Rechtsextremismus“ stehen € 45.000 im Haushalt und das schon seit geraumer Zeit. Das scheint gut zu sein, denn es ist in der letzten Zeit zu keinerlei größeren Aktivitäten von Rechtsextremisten in Oldenburg gekommen. Die Suche nach den Stichworten „Oldenburg – Rechtsextremismus“ bei Google-News liefert aktuell genau einen Treffer. Dabei handelt es sich um einen Artikel über den Krankenhausmörder Niels H. Sonst nichts. Die Maßnahmen der Stadt auf diesem Gebiet sind also erfolgreich. Ob es nötig ist, die Aktivitäten beizubehalten, lassen wir an dieser Stelle mal außer Acht.

Wird der Linksextremismus akzeptiert – oder gar gewollt?

Was aber im Haushalt fehlt – und von uns gemeinsam mit den Kollegen von WFO/LKR wie schon im letzten Jahr erneut beantragt wurde –

sind entsprechende Maßnahmen gegen Linksextremismus. Es gibt auch in Oldenburg ein massives Problem mit Linksextremismus, der sich insbesondere gegen unsere Partei, die AfD, richtet. Der Landesparteitag, der im Herbst in der Weser-Ems-Halle stattfand, konnte nur dank des massiven Einsatzes der Polizei durchgeführt werden. Und selbst mit der Polizeipräsenz glich der Weg zum Eingang der Weser-Ems-Halle einem Spießrutenlauf und war für die Teilnehmer von Pöbeleien und Rempelen begleitet. Es ist kaum auszudenken, was passiert wäre ohne die Präsenz der Polizei. Veranstaltungen des AfD-Kreisverbandes können schon seit langem nicht mehr öffentlich beworben werden, nachdem mehrfach Teilnehmer und Gaststätten angegriffen worden waren. Die Ausübung demokratischer Rechte, als Partei aktiv zu sein, ist also – nicht de jure, sehr wohl aber de facto – für die AfD extrem eingeschränkt. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Stadt Oldenburg sich auch dem Linksextremismus zuwendet.

„Wir halten es für unverantwortlich, dass unser Antrag gegen Linksextremismus abgelehnt wurde“, sagt Lidia Bernhardt. „Es gibt in Oldenburg und umzu ein massives Problem mit Linksextremismus, wie erst kürzlich der Angriff auf den Bremer AfD-Landesvorsitzenden Frank Magnitz gezeigt hat.“

Libertarius

Im Dialog mit dem Oberbürgermeister

Regelmäßig stellen wir Anfragen zu aktuellen Themen an den Oberbürgermeister und die Verwaltung.

Einige Antworten beruhigen, andere sind eher beunruhigend. Und manche Auskünfte wirken eher ausweichend.

In Auszügen möchten wir unsere Leser darüber informieren.

Vergabekriterien für Kita-Plätze

Bürger berichteten uns, dass bei mehreren wohnortnahen Kitas der Aufnahmeantrag als „hoffnungslos“ eingestuft wurde. Dazu teilten die Kitas mit, dass sie verpflichtet sind, Geschwisterkinder aufzunehmen und dadurch die Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Es entstand der Eindruck, dass die Plätze überwiegend durch Kinder von Großfamilien mit Migrationshintergrund belegt sind.

Wir haben daher den Oberbürgermeister gefragt:

Wie sind die Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kitas? Entsprechen diese Anteile den Bevölkerungsanteilen?

Antwort des Oberbürgermeisters:

„Im Rahmen des Anmeldeprogramms für Plätze in Kindertagesstätten in der Stadt Oldenburg wird der Migrationshintergrund nicht abgefragt. Dementsprechend kann aktuell keine Angabe zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund gegeben werden.“

Erfüllt die Stadt Oldenburg den Rechtsanspruch auf Kita- bzw. Kindergartenplätze für alle Kinder?

Antwort des Oberbürgermeisters:

„Der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Krippe bzw. in einem Kindergarten kann in der Stadt Oldenburg zurzeit nicht vollständig erfüllt werden.

Aufgrund der weiterhin steigenden Nachfrage nach Krippen- und

Kindergartenplätzen, z.B. durch Zuzüge und neue Baugebiete, wurde zur Erfüllung des Rechtsanspruches eine weitere Fortschreibung des Ausbaukonzeptes zum weiteren Ausbau von Kindertagesbetreuung in der Stadt Oldenburg erforderlich. ...“



Medizinische Altersfeststellung bei Flüchtlingen

Die Kosten für Unterbringung und Betreuung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMA) sind mit etwa € 5.000,- pro Person und Monat enorm hoch. Oft hat sich bei Alterstests herausgestellt, dass die Personen bereits volljährig waren.

Dazu fragten wir die Verwaltung:

Wie verfährt die Stadt bei Neuankömmlingen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich einer eventuellen Altersüberprüfung?

Antwort des Oberbürgermeisters:

„(...) Nach der Information über die Existenz eines möglichen UMA wird im ersten Kontakt mit dieser Person geprüft, ob es sich tatsächlich um eine **unbegleitete** und **minderjährige** Person handelt. (...)

Für den Fall, dass die vorläufig in Obhut genommene Person sich nicht mit amtlichen Dokumenten ausweisen kann, wird ... eine sog. qualifizierte Inaugenscheinnahme durchgeführt Auf der Grundlage der dann vorliegenden Informationen (...) wird eine Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzung „Minderjährigkeit“ getroffen.

Widersprechen die Angaben der vorläufig in Obhut genommenen Person hinsichtlich des angenommenen Alters der Einschätzung des Jugendamtes, besteht die Möglichkeit, für die als volljährig eingeschätzte Person einer medizinischen Untersuchung (z.B. Röntgen der Handwurzel) zuzustimmen. Lehnt sie eine solche medizinische Untersuchung ab, gilt die vom Jugendamt getroffene Entscheidung zur Volljährigkeit.“

Bei wie vielen der 2018 neu registrierten minderjährigen Asylbewerber lagen keine gültigen Ausweisdokumente vor?

Antwort des Oberbürgermeisters:

„Von den 12 UMA 2018 hatten 8 keine gültigen Ausweispapiere. Zwei dieser 8 UMAs wurden als sog. Zweifelsfälle in Obhut genommen, die Altersfeststellung hatte bei ihnen das Ergebnis ‚volljährig‘, so dass diese vorläufigen Inobhutnahmen beendet wurden.“

Bei wie vielen Asylbewerber ohne gültiges Ausweisdokument wurde eine medizinische Altersfeststellung durchgeführt?

Antwort des Oberbürgermeisters:

„Beide ... erwähnten Personen, die vom Jugendamt als volljährig eingeschätzt wurden, verzichteten auf die Durchführung eines medizinischen Tests.“



Was möchten Sie von der Stadtverwaltung wissen?

Gerne nehmen wir Ihre Anregungen in unsere Arbeit auf. Als Ratsmitglieder haben wir ein Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung.

Schreiben Sie uns!

Schicken Sie uns Ihre Fragen an die Verwaltung gerne an redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de.

Alles nur Zufall? Schadstoffgrenzen, Fahrverbote, Deutsche Umwelthilfe und das neue Straßenverkehrsgesetz.

Am 17. Januar diesen Jahres hat der Bundestag die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes debattiert.

Deutscher Bundestag Drucksache 19/6334

Um aufgrund des § 40 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ... zum Schutz der ... Bevölkerung vor Abgasen ergangene Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote effektiv vollziehen und überwachen zu können, muss deren Einhaltung fahrzeugindividuell überprüft werden können. Die zuständigen Überwachungsbehörden sollen hierzu im Rahmen von Kontrollen bestimmte Daten, auch automatisiert, erheben ... sowie auf Daten des Zentralen Fahrzeugregisters zugreifen können.

Der Vorschlag wurde zunächst zur Diskussion in die Ausschüsse verwiesen. Ob das aber dieses Ansinnen der Regierung noch aufhalten kann?

Schlimmer als in Orwells „1984“

Haben Sie den Entwurf genau gelesen? Es geht um eine automatisierte fahrzeugindividuelle Überwachung des Verkehrsflusses. Das ging noch über einen Orwell'schen Überwachungsstaat hinaus. „Alternativen? Keine.“ heißt es in der Bundestagsdrucksache dazu weiter.

Anfrage an die Stadt Oldenburg

Als wenn wir es geahnt hätten, haben wir bereits im vergangenen Juli eine Anfrage zur Datenerhebung über den Verkehrsfluss in Oldenburg gestellt.

Sehr detailliert haben wir gefragt:

- Werden durch die zahlreichen Überwachungskameras an Ampeln und Kreuzungen im Bereich der Stadt Oldenburg personalisierte Daten über Positionen oder Bewegungen von Kraftfahrzeugen ge-

speichert?

- Falls ja: An welchen Stellen werden derartige Daten erhoben?
- Auf welche Weise, mit welchen detaillierten Angaben und für welchen Zeitraum werden diese Daten gespeichert?
- Aus welchem Grund werden diese Daten gespeichert?
- Auf welche Weise und aus welchem Grund werden diese Daten ggf. ... ausgewertet?
- Stellt die Stadt Oldenburg diese Daten anderen Behörden ... zur Verfügung?
- Auf welchen rechtlichen Grundlagen erfolgen die genannten Maßnahmen jeweils?

Die Antwort aus dem Rathaus lautete schlicht: „die Kameras an den Ampelanlagen dienen der Verkehrsdetektion. Es werden keine personalisierten Daten erfasst. Somit entfallen die Antworten auf Ihre weiteren Fragen.“

Zweifel sind angebracht

Heute ist es zumindest fraglich, ob diese Antwort noch Bestand hat. Abhängig vom weiteren Verlauf der Diskussion im Bundestag werden wir noch einmal nachfragen.

Datenerhebung überflüssig

Dirk Spaniel, der verkehrspolitische Sprecher der AfD, verweist in seiner Bundestagsrede vom 17. Januar darauf, dass eine solche Datenerhebung überhaupt nicht notwendig ist. Es muss ja gar keine Fahrverbote geben. Denn wenn die Messstationen weiter entfernt von der Straße und besser von Luft umströmt platziert würden - was gemäß der EU-Vorschriften zulässig ist - würden höchstwahrscheinlich alle Grenzwerte eingehalten.

In Oldenburg hatte die Nordwest-Zeitung darauf bereits sehr prominent hingewiesen. Messergebnisse dieser nicht vorschriftsgemäß platzierten Station dürften genauso wenig ver-

wendet werden wie ein Blitzer wegen Geschwindigkeitsüberschreitung von einem nicht korrekt geeichten oder gewarteten Messgerät.

Forderungen der AfD-Fraktion

Wir fordern von der Verwaltung, sich vor Gericht gegen Klagen der Deutschen Umwelthilfe zu wehren.

Wir fordern außerdem das Versetzen der Messstation auf die maximal zulässige Entfernung von der Fahrbahn. Zudem ist die Position am Heiligengeistwall wohl generell fragwürdig, wie die besonders hohen Messergebnisse während der Straßensperrung für den Marathon oder bei nahezu null Verkehr um Mitternacht des Heiligabend gezeigt haben.

Libertarius



Deutsche Umwelthilfe - Toyota und Krombacher streichen Zuwendungen

Immer mehr Konzerne streichen der Deutsche Umwelthilfe ihre Spenden. Wir halten diesen Verein für einen reinen Lobby- und Abmahnverein, der an seinem eigentlichen Thema Umweltschutz gar kein wirkliches Interesse hat.

Der von den Grünen immer gern positiv in die Diskussion eingeführte Verein verliert nun nach Medienberichten Großzuwendungen der Krombacher Brauerei und des Autoherstellers Toyota. Letzterer ist einer der Marktführer von Elektroautos und sieht möglicherweise sein Ziel erreicht - die deutschen Autobauer maßgeblich zu schwächen.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Ein bedeutsames Jubiläum - begleitet von fragwürdigen aktuellen Forderungen

Vor 100 Jahren haben Frauen das Wahlrecht erhalten. Es ist wichtig, dieses Ereignis heute zu feiern. Frauen wurden über Jahrhunderte extrem benachteiligt. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts geschah hier

besetzt sein sollte. Nach Bildung? Nach Berufsstand? Es ließen sich nahezu unendlich weitere Gruppierungen finden. Dieses Ansinnen ist daher als typische schwarz-rot-grüne Idiotie abzulehnen.



Dr. Alice Weidel

Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag ist auch Mitglied des Bundesvorstandes und der Bundesprogrammkommission. Außerdem leitet sie den Bundesfachausschuss Euro und Währung.

der vielleicht entscheidende Durchbruch zur Gleichberechtigung.

Fragwürdige Forderungen

Dessen ungeachtet ist die heutige extreme Frauenpolitik höchst fragwürdig. Die aktuell von den Altparteien nahezu einstimmigen Überlegungen zu einer paritätischen Besetzung des Bundestages mit Frauen und Männern sind höchst bedenklich. Eine solche Regelung würde das allgemeine freie Wahlrecht untergraben und wäre demnach verfassungswidrig. In der Nordwest-Zeitung kommentierte Alexander Will dazu ganz großartig „Die Idee besitzt DDR-Qualitäten“. Und es fragt sich sogleich, nach welchen weiteren Merkmalen der Bundestag dann künftig ebenfalls paritätisch

Sind Frauen für die Altparteien eine Minderheit wie LSBT*IQ?

Das Stadtmuseum Oldenburg betrachtet Frauen anscheinend als Minderheit wie Homosexuelle oder Behinderte. Denn in seiner Ausstellung mit dem Titel „Anerkennung!“ setzt das Museum die Probleme dieser und anderer Gruppen bei gesellschaftlicher Anerkennung mit der Benachteiligung



Nicole Höchst

Die Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz ist Mitglied der Bundesprogrammkommission der AfD sowie im Bundestag Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren und Jugend.

Sie hat aus Anlass des Weltfrauentages eine äußerst beeindruckende Rede gehalten, die auf dem youtube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion zu sehen ist. Das Video trägt den Titel „Quoten sind kontraproduktiv! - Nicole Höchst zum Weltfrauentag“

Direkter Link zur Rede:
www.youtube.com/watch?v=SM1fkAzonl4

der nicht wahlberechtigten Frauen vor 1918 gleich. Was für ein absurder Gedanke.

Anstatt sich mit den Hintergründen zu beschäftigen, die bis 1918 zum Ausschluss der Frauen von Wahlen führten und die Teilnahme daran dann ab 1918 gestatteten, konzentrierte sich das Stadtmuseum in der am 13. Januar beendeten Aus-



Dana Guth

Dana Guth ist Fraktionsvorsitzende der AfD im Niedersächsischen Landtag sowie Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen. Schauen Sie sich Ihre Rede „Quotenwahn und Gendergaga? Nicht mit der AfD!“ an.

Direkter Link:

<https://www.youtube.com/watch?v=Fbt0FlZixYc&feature=youtu.be>

stellung ganz auf - angeblich oder tatsächlich? (Das ist ja oft fraglich.) - Ausgegrenzte heutzutage. Das höchst bedeutsame historische Ereignis der Einführung des Frauenwahlrechts selbst gerät dabei zur Nebensache.

Problematisiert wird in dem Zusammenhang auch, dass Bürger ohne deutschen oder europäischen Pass hierzulande „noch immer nicht wählen dürfen“. Welch absurde Frage.

Kampfgeschrei !?!

Wie steht das Museum eigentlich zum Kampf? Was versteht es darunter? Wie steht es zur Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politi-

scher Ziele? Denn im Einleitungstext des Flyers zur Ausstellung lautet gleich der zweite Satz: „Das ging nicht ohne Kampf!“

Wie schwer es war, das Wahlrecht durchzusetzen, und welche Maßnahmen dazu erforderlich waren, das darf und sollte angesichts dieses Jubiläums selbstverständlich reflektiert werden. „Reflektiert“ ist dabei ein wichtiges Wort. Es sollte unbedingt „reflektiert“ werden, d.h. sofern Gewalt zum Einsatz kam, ist diese kritisch zu betrachten. Im Museumsflyer sind aber Formulierung und Positionierung und damit die Schwerpunktsetzung auf den Kampf - man beachte das Ausrufezeichen! - grundsätzlich vollkommen verfehlt.

Frauen dürfen heute wählen und sie können gewählt werden. Beides ist äußerst wichtig. Genauso wichtig ist es, dass Frauen selbst entscheiden können, ob sie sich politisch engagieren und zur Wahl aufstellen lassen wollen. Dass mehr Frauen als Männer sich dafür entscheiden, auf politische Aktivitäten zu verzichten, ist deren gutes Recht. Eine paritätische Besetzung der Parlamente lehnen wir entschieden ab.

Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder ist in der AfD mit 16 Prozent sehr niedrig. Der wesentliche Grund dafür sind sicher die extremen Anfeindungen bis hin zu Angriffen mit körperlicher Gewalt, denen AfD-Politiker oft ausgesetzt sind. Ähnliches gibt es bei den anderen Parteien nicht. Trotzdem sind auch hier die Mitgliederanteile der Frauen mit 20 bis 39 Prozent deutlich unter einer Parität.

Großartig in der AfD sind aber die vielen Frauen in Führungspositionen. Das gilt für Alice Weidel oder Beatrix von Storch im Bundesvorstand genauso wie für die niedersächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende Dana Guth oder beispielsweise die Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst, Joana Cotar oder Mariana Harder-Kühnel. Alle Genannten haben ihre Mandate und Positionen ohne jegliche Quotenregelungen erhalten, sondern einfach, weil sie gute und engagierte Politikerinnen sind.

Lidia Bernhardt

Blick in die Geschichte.

Vaterländische Frauenvereine

Der Vaterländische Frauenverein wurde 1866 von Königin Augusta von Preußen gegründet, um die Pflege von Verwundeten zu verbessern, die sich im Deutsch-Dänischen Krieg 1864 als unzureichend erwiesen hatte. Die ersten Frauenvereine entstanden in Koblenz und Hamburg. In Oldenburg gründete sich 1870 ein Frauenverein. Es folgten Jever, Delmenhorst, Varel und Brake. Die Zweigvereine gründeten 1892 den „Landesverband der Vaterländischen Frauenvereine im Großherzogtum Oldenburg“.

1912 zählten die Vaterländischen Frauenvereine 328.000 Mitglieder. Neben Krankenpflege in Kriegs- und Friedenszeiten engagierte sich der Verein in der Kinder- und Jugendfürsorge auch mit Krippen, Horten oder Kindergärten. Weitere Aufgaben waren: Volksküche, Kinderküche, Säuglingsfürsorge, Ausbildung von Hilfsschwestern sowie die Betreuung von Jugendgruppen.

1916 zählte der Frauenverein deutschlandweit 800.000 Mitglieder. Er galt als „weibliche Wehrpflicht“,

in dem Frauen Orden und Ehre erhalten konnten. 1917 umfasste der Oldenburger Landesverband über 26 Zweigvereine mit ca. 6.500 Mitgliedern.

Im 1. Weltkrieg wurden Kriegskindergärten eingerichtet, die Kinder



betreuten, deren Väter als Soldat dienten und deren Mütter einem Beruf nachgingen.

Denn durch den Kriegsdienst der Väter mussten Frauen vielfach auch traditionelle Männerberufe übernehmen. Sie arbeiteten u.a. als Munitionsfabrikantinnen oder Lokführerinnen - weil dort die Männer fehlten und weil die Frauen wegen des geringen Soldes, den die Männer an der Front bezogen, zusätzliches Einkommen erzielen mussten.

1937 endet die Geschichte der eigenständigen Frauenvereine - so auch in Oldenburg. Auf Grundlage des Deutschen Roten Kreuz-Gesetzes wurden sie von Gerichten des Nationalsozialismus aufgelöst.

Prätorianer

Kriminalstatistik

Auf Seite 127 der „Polizeilichen Kriminalstatistik 2017, Buch 3 „Tatverdächtige“ sind die folgenden Straftaten und Gruppen „nichtdeutscher Tatverdächtiger“ festgehalten:

Taschendiebstahl 74,4 %, schwerer Ladendiebstahl 63,4 %, unerlaubter Handel und Schmuggel mit bzw. von Kokain einschließlich Crack 57,5 %, schwerer Diebstahl in bzw. aus Kiosken, Warenhäusern, Verkaufsvitrinen etc. 56,8 %, Urkundenfälschung 55,4 %, schwerer Diebstahl an bzw. aus Kraftfahrzeugen 47,2 %, sexuelle Belästigung 45,9 %, Leistungerschleichung nach §265a StGB 45,2 %, Totschlag 45,1 % und Raubdelikte 40,3 %.

Diese sehr hohen Prozentzahlen

an nichtdeutschen Tatverdächtigen stehen im krassen Gegensatz zum Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Dieser betrug im Jahr 2017 nur etwa 11 %.

Für Oldenburg und umzu scheint es bei diesen Delikten geringere Fallzahlen zu geben - glücklicherweise.

Trotzdem stellen wir deutlich fest, dass hier große Probleme vorhanden sind, die der Öffentlichkeit weitestgehend verschwiegen werden. Wir sehen uns daher in der Pflicht, diese Zahlen einmal publik zu machen.

Natürlich erwächst daraus keine Vorverurteilung oder Verallgemeinerung, gleichwohl sprechen die Zahlen eine mehr als deutliche Sprache. Hier ist das Handeln der Politik gefragt, den Schutz der Bevölkerung wieder herzustellen.

Roger van de Klar

Blick in die Geschichte.

Matrosenaufstand & November-Revolution

Nach 100 Jahren ein differenzierter Blick auf ein wichtiges Ereignis

Historische Fakten

Nach dem Scheitern der Operation Michael und weiteren Offensiven wie dem Eintreffen der amerikanischen Soldaten 1918 wurde Kaiser Wilhelm und der Obersten Heeresleitung bewusst, diesen Krieg nicht mehr gewinnen zu können. Daraufhin bekam die Reichsregierung am 18. September den Auftrag, einen fairen Waffenstillstand auszuhandeln. Die Alliierten antworteten darauf mit dem 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der u.a. die Annexion Elsass-Lothringens an Frankreich, die Annexion Westpreußens und Posens an Polen sowie die Abgabe aller Kolonien von Deutschland forderte. Insbesondere



Heizer auf einem Schlachtschiff (1915)

die geforderten enormen Zugeständnisse schockierten die Bevölkerung.

Operationsplan Nr. 19

Im Stab der Marine herrschte gleichzeitig Empörung, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auf Druck Willsons einzustellen. Seit Anfang Oktober hatte die kaiserliche Marine Pläne für einen großangelegten Einsatz gegen die englische Grand Fleet entwickelt. Heraus kam der Operationsplan Nr.19. Dieser sah vor, dass die gesamte deutsche Hochseeflotte nachts in Rich-

tingung Hoofden auslaufen würde. Am nächsten Tag sollten kleine Kreuzer und Torpedoboote den Seeverkehr an der fländerischen Küste und der Themsemündung stören. Dies sollte die englische Flotte von Norden angreifen lassen und sie möglichst nah an deutsche Stützpunkte locken. Am zweiten Tag abends sollte bei Terschelling in einer Nachtschlacht die englische Flotte überrascht und - auch mit Einsatz von U-Booten und Luftschiffangriffen - geschlagen werden. Deutsche Torpedoboote sollten zum selben Zeitpunkt englische Liegeplätze in Firth of Forth neutralisieren. Der Operationsplan Nr. 19 sollte auch die englische Wirtschaftsblockade aufbrechen, worunter die deutsche Bevölkerung im und nach dem Krieg unsäglich litt.

Dem Deutschen Admiralstab wurde der Plan am 27. Oktober vorgelegt und von diesem gebilligt. Admiral Franz Ritter von Hipper bekam den Oberbefehl über alle verfügbaren Kräfte der kaiserlichen Marine und sollte mit ihr aus Wilhelmshaven in die Nordsee auslaufen. Die Moral einiger Matrosen war seit langem auf dem Tiefpunkt, da sie seit der Schlacht um den Skagerrak 1916 schon über zwei Jahre ohne Einsatz im Hafen lagen. Der Routinedienst durch unerfahrene Offiziere wurde immer schlechter, da die meisten erfahrenen Offiziere im U-Boot-Krieg benötigt wurden.

Meutereien

Als der Operationsplan Nr. 19 bekannt wurde, kam es auf mehreren Schiffen zu Unruhen und disziplinarischen Verstößen. Am 30. Oktober

verweigerten die Besatzungen auf der SMS Thüringen und SMS Helgoland den Gehorsam und löschten die Kessel. Erst als Zerstörer und Unterseeboote die Versenkung der beiden Schiffe androhten, wurde die Meuterei beendet.

Am 31. Oktober wurde die Mari-



SMS Thüringen

ne von Wilhelmshaven nach Kiel verlegt. 47 Matrosen als Hauptträdelsführer wurden verhaftet. In Kiel eskalierte die Lage durch linke Matrosen und Werftarbeiter völlig. Randalierend und mit roten Fahnen zogen diese durch die Stadt. Auf fast allen Schiffen in Kiel und Wilhelmshaven übernahmen selbsternannte Soldatenräte vom 1. bis zum 9. November das Kommando und hissten die rote Flagge. In der Innenstadt von Kiel trafen Gendarmen und Regierungstruppen auf linke gewaltbereite Matrosen. Es kam zu Straßenschlachten mit zahlreichen Toten und Verletzten. Die Offiziere hatten jede Autorität gegenüber den Meuternden verloren. Linke Arbeiter und Soldatenräte wollten den Staat stürzen.

Widerstand gegen die Aufständischen

Die meisten Einwohner Kiels waren gegen diesen Umsturz und bildeten Einwohnerwehren. Das Militär unterstützte diese mit Waffen und Munition, konnte aber keine Soldaten oder schweres Gerät entsenden, da dieses an der Front benötigt wurde. Am 5. November kam es

zur gewaltsamen Konfrontation auf der SMS König. Der Kapitän und einige Offiziere versuchten, die kaiserliche Reichskriegsflagge wieder zu hissen, und wurden von Land aus von Meuterern beschossen. Zwei Offiziere wurden dabei getötet.

SPD-Politiker unterstützten gewaltsamen Widerstand

Um die Ordnung wieder herzustellen, wurden Staatssekretär Conrad Hußmann und der Reichstagsabgeordnete der SPD Gustav Noske nach Kiel entsandt. Doch gegen den Auftrag der Reichsregierung wurde Noske am 7. November untreu und ließ sich von Arbeiter- und Soldatenräten auf einen Gouverneursposten erheben. Seine Solidarisierung förderte den Staatsstreich durch die SPD. Am 6. November wurde in Wilhelmshaven ein Arbeiter- und Soldatenrat mit dem Namen „21. Rat“ gegründet. Dieser erklärte Wilhelmshaven und das Oldenburger



Vizeadmiral Scheer, Admiral Hipper

Umland zur sozialistischen Republik. Bis zum 10. November hatten Arbeiter- und Soldatenräte in fast allen größeren deutschen Städten die Regierung übernommen. Das lag daran, dass das Deutsche Heer an der Front gebunden und die Gendarmerie zu schwach war, um den Aufständischen Einhalt bieten zu können.

Am 9. November verkündete Philip Scheidemann von der SPD rechtswidrig und verfassungsfeindlich die Abdankung des Kaisers am Reichstag. Damit wollte er Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zuvorkommen. SPD und USPD rissen die Macht Deutschlands an sich und bildeten den Rat der Volksbeauftragten. Am 11. November ersuchte das Deutsche Reich um einen Waffenstillstand.

Prätorianer

Zur aktuellen Einordnung der historischen Fakten

Der 1. Weltkrieg war eine Katastrophe, sein Ende ist unbedingt zu begrüßen. Wir haben heute als Bürger mehr Rechte und Möglichkeiten als zu Zeiten der Monarchie. Auch das ist sehr positiv. Trotzdem ist aber in beiden Fällen eine differenzierte Betrachtungsweise angebracht. Denn die immer noch verbreiteten schwarz-weiß-Schemata sind längst überholt.

Insbesondere durch den australischen Historiker Christopher Clark mit seinem Buch „Die Schlafwandler“ ist klar geworden, dass es keine deutsche (Welt-)Kriegsabsicht und auch keine deutsche Alleinschuld am 1. Weltkrieg gab. Bekannt ist die englische Seeblockade, die u.a. das Aushungern der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatte. Vor diesem Hintergrund ist der Operationsplan Nr. 19 zu betrachten. Es ist nachvollziehbar, dass es Befürworter und Gegner des Planes gab.

Vorteile der Monarchie?

Einige Nachteile für die heutigen Bürger gegenüber der Monarchie werden oft übersehen. Bis ins 19. Jahrhundert finanzierten sich Staaten resp. Monarchen vor allem durch Zölle und die Bewirtschaftung eigener Ländereien. Die Einkommensteuer wurde erst 1891 eingeführt - von 0,6% bis zum Spitzensteuersatz von 4%. Das ist von der heute durchschnittlichen (!) Besteuerung von über 50% weit entfernt. Auch war das Leben damals ohne Energieeinsparverordnung, ohne die Erfordernis des Angelscheins und auch ohne Vorschriften wie die „Verordnung (EU) Nr. 97/2010 der Kommission vom 4. Februar 2010 zur Eintragung einer Bezeichnung in das Register der garantiert traditionellen Spezialitäten [Pizza Napoletana (g.t.S.)]“ in mancherlei Hinsicht freier als heute.

Einseitige Darstellungen in Oldenburg

So sehr wir also auch die positiven Folgen des Matrosenaufstands

würdigen, so ist für uns doch die weitgehend einseitig verkürzende Darstellung der Ereignisse, wie sie aus Anlass des Jubiläums in Oldenburg zu erleben war, fragwürdig.

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft feierte die pazifistische Absicht der Revolution und das Ende der Monarchie. Natürlich nicht, ohne Rosa Luxemburg - unter Auslassung ihrer Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung ihrer Ziele - zu würdigen.

Die Oldenburgische Landschaft hat unter dem Titel „Demokratischer Aufbruch im Nordwesten“ eine Übersicht von Museumsaktivitäten herausgegeben. Im Vorwort schreibt hier Wissenschaftsminister Björn Thümler: „Die Revolution von 1918/19 setzte den Schlusspunkt hinter vier blutige und zermürbende Kriegsjahre. Sie öffnete ein Fenster für einen politischen Neubeginn und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“ Während Thümler noch ein wenig differenziert („Zugleich barg sie den Keim kommenden Unheils in sich.“) freut sich Ministerpräsident Weil im gleichen Heft: „... die Novemberrevolution, die die bestehende Ordnung hinwegfegte und das Zeitalter der Demokratie einläutete.“ Und vom Frauenwahlrecht bis zum Kündigungsschutz fokussiert er auf die positiven Effekte.

Eine eigene Meinung bilden

Wir sind froh, in unseren Reihen einen profunden Kenner der jüngeren deutschen Geschichte zu haben, der hier mit oft übersehenen Aspekten eine differenziertere Betrachtung der Geschehnisse ermöglicht.

Wir möchten damit keineswegs einseitig Partei ergreifen. Vielmehr wollen wir darauf hinweisen, dass es unter den Historikern unterschiedliche Bewertungen der Ereignisse gibt. Niemand kennt eine abschließende Wahrheit dazu. So muss sich jeder selbst eine eigene Meinung bilden. Dazu sind aber eine Kenntnis unterschiedlicher Bewertungen und eine differenzierende Betrachtung unerlässlich.

Libertarius

Im Dialog

Ihre AfD-Fraktion freut sich über den Kontakt und den Austausch mit Ihnen.

Eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ein direkter Austausch mit den Bürgern ist erklärtes Ziel der AfD. Das ist auch den beiden Mitgliedern der Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg ein wichtiges Anliegen. Wir sind daher sehr am Kontakt und am Austausch mit Ihnen interessiert.

Schreiben Sie uns

Wie gefällt Ihnen unser bisheriges Engagement im Stadtrat?

Was finden Sie besonders gut?

Was vermissen Sie?

Welche Themen sollte die AfD-Fraktion noch aufgreifen?

Welche sind Ihrer Meinung nach vielleicht weniger wichtig?

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihre Zuschriften genau lesen und in unsere künftigen Entscheidungen einbeziehen werden.

So hoffen wir, auf Basis eines nun intensivierten Dialogs mit Ihnen künftig noch besser im Sinne unserer Mitglieder und Wähler in der Oldenburger Lokalpolitik tätig sein zu können.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer **Spende** können Sie helfen, dass der *Oldenspiegel* künftig noch mehr Menschen erreicht.

Spendenkonto:
DE11 2805 0100 0092 0689 56

Impressum:

Fraktion der AfD im Rat der Stadt Oldenburg, Kleine Kirchstrasse 11, 26122 Oldenburg.
redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

V.i.S.d.P.: Christoph Brederlow.

In Abstimmung mit unseren Autoren und Fotografen verzichten wir zum Schutz derer Privatsphäre auf Namensnennungen.

Oldenburger Schuldesaster

Jüngst wurde der neue Haushalt verabschiedet - mit Millionenbeträgen für neue Prunkbauten wie für das Stadtmuseum, während Schulsanierungen nur ungenügend Berücksichtigung finden.

Sanierungsstau an Schulen

Alleine für den baulichen Erhalt der Schulen ist mittlerweile ein Sanierungsstau in zweistelliger Millionenhöhe entstanden. Jeder kennt wahrscheinlich ein Kind oder Eltern, die über Unzulänglichkeiten in Ihrer Schule berichten können. Von undichten Dächern und Fenstern bis zu nicht mehr nutzbaren Klassenräumen ist da alles dabei.

Ideologische Schulpolitik

Gleichzeitig wird der Ausbau der Integrierten Gesamtschule (IGS) zur ideologischen Gesamtschule vorangetrieben. Sicher hat auch die IGS neben Oberschulen, Gymnasien und Privatschulen ihre Berechtigung. Eltern sollten jedoch aus Vielfalt wählen können. Ein dringend benötigter Schulfrieden (Gleichwertigkeit aller Schulformen) rückt in weite Ferne. Hierzu ein aktuelles Beispiel. Die Oldenburger Oberschulen an den Standorten Osternburg, Ofenerdiek, Alexanderstraße und Eversen bekommen seit Jahren nicht die benötigte Mittelausstattung und Unterstützung durch die Oldenburger Verwaltung und Politik. Die Gebäudesubstanz ist fast überall kritisch. Dringend benötigte An- und Umbauten werden immer wieder verschoben. Einzig die OBS Ofenerdiek wird seit einigen Jahren teilsaniert. Gleichwohl sind es die Oberschulen, die neben den Grundschulen vor allem die Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund beschulen. Hier entsteht zwangsläufig auch ein großer Bedarf an Sonderpädagogik, insbesondere der Förderbereich „Lernen“ wird stark nachgefragt.

Fehlendes Personal für Inklusion

Laut Selbstverständnis der Verwaltung und linker Parteipolitik versteht sich Oldenburg als eine Stadt,

die die Inklusion weitestgehend umgesetzt hat. Die Förderschule Lernen darf daher seit zwei Jahren keine neuen Schüler mehr aufnehmen. Diese Schülerinnen und Schüler verteilen sich nun auf die IGS und Oberschulen. Die Gymnasien bleiben bei diesem Thema verständli-



cherweise außen vor. Der Anspruch auf Förderstunden bleibt natürlich erhalten, muss nun aber in den jeweiligen Schulen durch Sonderpädagogen und normale Lehrkräfte realisiert werden. Dieses ist aber nur bedingt möglich, da die Lehrkräfte gar nicht in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Eine Abfrage der Schulleiterschaft im Oktober 2018 hat ergeben, dass über 200 Förderstunden aus Personalmangel an den genannten Schulen nicht gegeben werden können – ein Skandal. Für die Gestellung von ausreichend Lehrerinnen und Lehrern zeichnet das Land Niedersachsen verantwortlich – gleichwohl wurde die Abschaffung der Förderschule „Lernen“ (Schule am Bürgerbusch) von der Oldenburger Politik beschlossen!

Fazit

Was haben die linken Schulexperten im Ergebnis erreicht? Die Unzufriedenheit der Kinder mit benannten Förderbedarf steigt, viele fühlen sich abgehängt. Lehrkräfte sind am Rande ihrer Möglichkeiten, der Krankenstand steigt immer weiter. Eltern sind in Ihrem natürlichem Wahlrecht beschnitten und beeinträchtigt worden. Eine desaströse Bilanz!

Roger van de Klar